

TISCHANTRAG der AfD Cottbus – AT -37/23 in der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2023

Neufassung Flüchtlinge/Asylbewerber in Cottbus

In einem Medienbericht äußerte sich der Innenminister Stübgen beängstigend: „Aus Sicht des Innenministeriums nimmt die illegale Migration nach Brandenburg täglich zu. Im Juli dieses Jahres seien im Durchschnitt 22 Menschen pro Tag illegal eingereist, im August seien es schon 35 Menschen gewesen und im September zeichne sich eine Zahl von weit über 50 Menschen ab, hatte Innenstaatssekretär Markus Grünewald am Freitag im Landtag in Potsdam gesagt.“[1] Die angespannte Situation im Umgang mit illegalen Einwanderern in unserer Stadt nach 2015 wird sich mit Sicherheit wiederholen.

Daher unterbreitet unsere AfD-Fraktion folgenden Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt, vorübergehend keine Gemeinschaftsunterkünfte zu schaffen. Diese Empfehlung bleibt in Kraft, bis die Stadtverordnetenversammlung ihre Aufhebung beschließt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, keine Turnhallen oder andere öffentliche Einrichtungen, die bislang nicht für die Unterbringung von Flüchtlingen und sonstigen Schutzsuchenden vorgesehen sind, für solche Unterbringung umzuwidmen bzw. Nutzungsvereinbarungen zu verändern.
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich auf Landesebene für eine stärkere Mitsprache der Kommunen einzusetzen. Im Rahmen des verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechts sollen den brandenburgischen Landkreisen weitergehende Mitentscheidungs- bzw. Mitspracherechte bzgl. der Erfüllung der Aufgaben nach dem Landesaufnahmegesetz zugestanden werden als bisher. Der Oberbürgermeister soll die Landesregierung auffordern, dass die Landesregierung ein entsprechendes Ansinnen prüft und die Voraussetzungen diesbezüglich schafft.

Begründung:

Alle aufgegriffenen Illegalen werden in die Erstaufnahmeeinrichtung nach Eisenhüttenstadt gebracht, dort sollen Alleinreisende 18 Monate und Familien 6 Monate verweilen und werden dann auf die Kommunen verteilt. Doch der derzeitige Ansturm auf Brandenburgs Grenze zu Polen lässt erahnen welche Zuweisungen in den nächsten Wochen auf Cottbus zukommen.

Das friedliche Zusammenleben in Cottbus wird seit 2015 massiv beeinträchtigt. Die Sicherheitslage in unserer Stadt hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Messerstechereien,

Massenschlägereien und sogar Morde sind in Cottbus mittlerweile keine Seltenheit mehr. In Folge der unkontrollierten Grenzöffnung im Jahr 2015 haben sich von Einwanderern verübten Straftaten wie Bedrohung, Raub, Nötigung und Körperverletzung in nur zwei Jahren, von 2015 bis 2017, verzehnfacht [2]. Inzwischen gilt Cottbus als Brandenburgs Gewalthauptstadt, so zumindest titelte die Lausitzer Rundschau im Sommer 2022.

Das Stadtbild hat sich massiv verändert, auch die Migrantengewalt hat weiterhin massiv zugenommen [2] und die Feindlichkeit gegenüber Deutschen ist in keiner anderen Stadt so hoch [3]. Cottbus hat in den letzten Jahren über das Maß hinaus, solche Personen aufgenommen. Um nicht wieder in die gleiche Situation wie nach der illegalen Grenzöffnung im Jahr 2015 zu kommen und die Cottbuser letztendlich zu schützen, müssen die 5 Vorschläge konsequent umgesetzt werden. Wie in vielen anderen Kommunen, so herrscht auch in Cottbus eine extreme Auslastung der gesamten vorhandenen Infrastruktur. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass diese nicht noch weiter überfordert, sondern entlastet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Simonek
Fraktionsvorsitzender AfD Cottbus